
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 21/3 (1994)

DOI: 10.11588/fr.1994.3.59079

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Jacques BARIÉTY, Antoine FLEURY (Hg.), *Mouvements et initiatives de paix dans la politique internationale, 1867–1928. Actes du colloque tenu à Stuttgart 29–30 août 1985*, Bern (Peter Lang) 1987, 395 S. (Association internationale d'Histoire contemporaine de l'Europe).

Dieses Buch enthält die Referate einer Sektion des Internationalen Historikertags, Stuttgart 1985, und liegt seit 1987 vor, doch eine Verkettung ungünstiger Umstände führte dazu, daß der Rezensent es erst über sechs Jahre später erhielt, dann aber ohne Verzögerung die Rezension in kurzer Frist anfertigte. Fraglich bleibt, wie aktuell das Ganze heute angesichts der Weiterentwicklung historischer Friedensforschung noch ist. Aber der Band behält seinen Wert aus zwei Gründen: Zum einen haben einige Autoren ihre Forschungen auf der Basis ihrer Beiträge weiterentwickelt, so daß hier Ausgangspunkt, Aufriß und Zusammenfassung ausführlicher Abhandlungen vorliegt. Zum anderen ist den Herausgebern dafür zu danken, daß sie ein nach analytischen Gesichtspunkten und trotz größerer Lücken (z. B. Großbritannien) in der Thematik in sich geschlossenes Werk vorgelegt haben, das einen entsprechend begrenzten, aber nützlichen Forschungsquerschnitt und eine ihren Wert behaltende Orientierung bietet. Zu Recht betonen sie einleitend, daß mit der modernen, wenn auch uneinheitlichen Friedensbewegung seit der Mitte des 19. Jh. ein neues, sich von vielen aus der Vergangenheit bekannten Vorschlägen deutlich unterscheidendes Moment in die historische Entwicklung kommt, ein internationales Phänomen, eine wirkliche Bewegung zur Beeinflussung der Politik im Sinne des Rechts, der Menschlichkeit und des friedlichen Interessenausgleichs, entstanden aus der Reaktion auf die moderne technisch-industrielle Entwicklung, die enorme Steigerung der Vernichtungskraft und eine neue Dimension des Krieges.

Die Hauptfrage in der größeren Zusammenhänge herstellenden Einleitung liegt in der Natur der Sache: Wie wichtig waren Friedensinitiativen für die politischen Entscheidungsprozesse? Die Beiträge vermitteln genauere Kenntnisse aus oft neuen Quellen, einige gehen neuen Fragen nach – etwa Entstehungsbedingungen und Organisationsformen, Zusammensetzung und Verhältnis der Organisationen untereinander, Verknüpfung von Friedensfragen mit anderen Reform- und Veränderungsimpulsen, das Verhältnis zur Politik zwischen Nationalismus und Imperialismus, die geistigen Frontlinien und sozioökonomischen Hintergründe. Trotzdem bleibt die Antwort zwiespältig, obwohl einige konkrete Erfolge und langfristige Wirkungen sowie der fundamentale Wandel des Ersten Weltkriegs sichtbar werden. Denn die Einordnung der Friedensbewegungen in das jeweilige zeitgenössische Beziehungsgeflecht politisch-gesellschaftlicher Interessen, dynamischer Ausweitung internationaler Problemfelder, weitreichender Veränderungsvorgänge, unterschiedlicher Bewußtseinseinlagen und Mentalitäten steht noch am Anfang. Wahrscheinlich wird es notwendig, Friedensbewegungen und ähnliche Bestrebungen noch stärker als integrierenden Teil der Gesamtentwicklung zu sehen und in Ordnungs-, Funktions- und Interessenzusammenhänge einzufügen, in denen über politische Macht, Mitbestimmung, Konzeptionen, Verhaltensweisen entschieden wird. Damit wird die Frage nach dem politischen Erfolg und ihre Beantwortung relativiert und abhängig von der Nähe jeglicher Friedens- und Verständigungsinitiative zum politischen Entscheidungsprozeß.

Die Detailbesprechung müßte ein Forschungsbericht werden, daher abschließend nur kurze Hinweise auf die behandelten Themen: Teil I (Bewegungen und Ideen vor 1914) umfaßt 6 Beiträge über: die Ligue de la Paix et de la Liberté (MOLNAR), internationale Organisation und Menschenrechte (COOPER), Beispiele einer europäischen pazifistischen Elite (GROSSI), die Interparlamentarische Union (LUBELSKI-BERNARD; UHLIG), Jan Bloch (KOŁODZIEJCZYK). Demgegenüber ist Teil II (dasselbe nach 1918) sehr mager und behandelt nur die deutsche Friedensbewegung (HOLL) und – ein interessanter neuer Aspekt – die internationale Bewegung für Friedenserziehung (HERMON). Teil III (Regierungsinitiativen) enthält 5 Abhandlungen, aber nur eine – Großmachtpolitik und Haager Konferenzen (DÜLFFER) – für die Zeit vor 1914; die übrigen: Sowjetische »friedliche Koexistenz« und USA 1917–22 (KLEIN), die Genua-Konferenz (FINK), jugoslawische (MARJANOVIC) und rumänische (POPISTEANU) Friedensini-

tiativen. Schließlich Teil IV (die Regierungen und die Organisation des Friedens in den 20er Jahren), – wie Teil III etwas disparat und ohne Beitrag über den Völkerbund (!) – mit 5 Aufsätzen: Die USA und der Internationale Gerichtshof (VEATCH), die Sowjetunion und die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz (ROZANOW), »Neue Diplomatie« und deutsch-französische Verständigung (HAGSPIEL) und der Briand-Kellogg-Pakt (BARIÉTY; CAMPUS/FOTINO). Die sowjetischen, jugoslawischen und rumänischen Beiträge in Teil III und IV bleiben unkritisch und oberflächlich.

Peter KRÜGER, Marburg

Rolf AHMANN, Adolf M. BIRKE, Michael HOWARD (Hg.), *The Quest for Stability. Problems of West European Security 1918–1957*, Oxford (Oxford University Press) 1993, XI–546 S. (Studies of the German Historical Institute London).

Im März 1946 schrieb Duff Cooper, der britische Botschafter in Paris, an seine Londoner Vorgesetzten: »Deutschland ist heute schwach. Schwach war es jedoch auch 1919, aber 10 Jahre später hatte es viel von seiner Kraft wiedergewonnen und nach 20 Jahren war es die größte Militärmacht der Welt.« Zu einem ähnlich kühnen Vergleich der Zeit nach dem Zweiten mit der nach dem Ersten Weltkrieg fühlte sich seinerzeit auch Charles de Gaulle genötigt: »Die Engländer«, so behauptete der General pauschalierend, »werden immer zu wenige sein. Die Amerikaner werden immer zu spät kommen. Die Franzosen werden immer die ganze Last zu tragen haben.«

Diese beiden zeitgenössischen Beobachtungen leiten treffend hin auf das Spektrum an Fragen, denen der vorliegende Band gewidmet ist. Welche Vergleichsmöglichkeiten und Gemeinsamkeiten gibt es wirklich zwischen den Vorstellungen von Sicherheit und den Konzeptionen von Sicherheitspolitik nach den beiden Weltkriegen? Inwieweit ist es für die Geschichtswissenschaft legitim, von einer Kontinuität der Probleme zu sprechen, und worin zeigen sich die Unterschiede zum Beispiel in bezug auf die Wiedereingliederung Deutschlands in die Staatengemeinschaft, im Hinblick auf das Engagement der USA in Europa oder was die Kooperation zwischen Großbritannien und Frankreich betrifft? Der vorbildlich konzipierte und strukturierte Band vereinigt die Antworten eines internationalen Teams renommierter Historiker, die sich ebenso um Prägnanz wie um Aktualität bemühen. Als Ergebnis liegt eine Sammlung überwiegend konzis gehaltener Beiträge vor, die durch ihren international vergleichenden Ansatz den gegenwärtigen Forschungsstand nicht nur zusammenfassen, sondern erweitern.

Das Hauptinteresse der Autoren richtet sich nicht auf die Ursachen der beiden Weltkriege, sondern auf die jeweiligen Folgeprobleme für die internationalen Beziehungen und die Tragfähigkeit der Friedensregelungen. Wie Michael HOWARD in seinem einführenden Essay hervorhebt, gehörte es zu den Grunderfahrungen der Zeit nach 1918, daß das Streben nach absoluter, unilateraler Sicherheit umschlägt in absolute Unsicherheit. Heute – so lautet sein Fazit – könne Sicherheit nur noch multilateral definiert, und müsse zunehmend wirtschaftlich und immer weniger militärisch verstanden werden. Hieran anknüpfend macht Klaus HILDEBRAND den Wandel im internationalen Staatensystem zwischen dem Berliner Kongreß von 1878 und dem Versailler Vertrag von 1919 deutlich. Demnach bedurfte das Ringen um Friedenssicherung, das zum Hauptanliegen des 20. Jh. werden sollte, eines neuen Gefühls für politische Mäßigung und für das jeweils angemessene Verhältnis von Sicherheit und Risiko, von Festigkeit und Anpassungsfähigkeit, von Berechenbarkeit und Spontaneität.

Für diesen Wandlungsprozeß stellen die zwei Jahrzehnte zwischen 1919 und 1939 eine Übergangszeit dar, die durch ihre vielschichtigen politischen, sozialen und ökonomischen Probleme geradezu als eine Dauerkrise erscheint. Wie vor allem in den Beiträgen von Zara STEINER, Keith ROBBINS und Erwin OBERLÄNDER deutlich wird, waren alle Sicherheitskon-